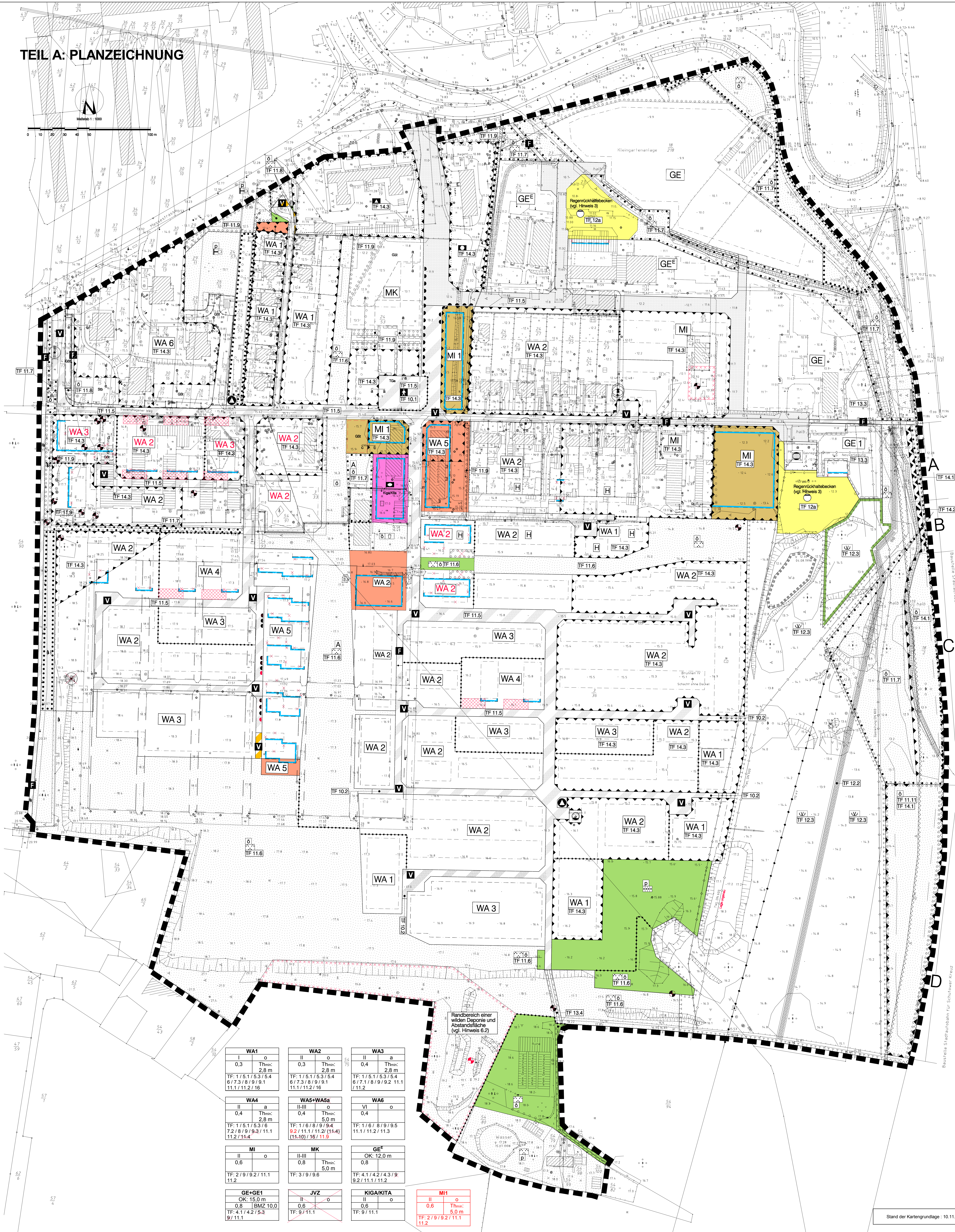


SATZUNG DER HANSESTADT ROSTOCK
ÜBER DIE 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS Nr. 05. MI. 82 „EVERSHAGEN-SÜD“

TEIL A: PLANZEICHNUNG



Planzeichenerklärung

Es gilt die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung BauNVO) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnraum vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466) sowie die Verordnung über die Ausweisung der Baugruben, die Darstellung der Planblätter (Planzeicherverordnung 1990 PlanZVO) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 S. 58).

Festsetzungen

- Art der baulichen Nutzung
 - WA Allgemeine Wohngebiete
 - MI Mischgebiete
- Maß der baulichen Nutzung
 - WA 2 Änderungen des Maßes der baulichen Nutzung und der Bauweise
- Baugrenzen
 - Baugrenze
 - Entfallende Baugrenze
- Flächen für den Gemeinbedarf
 - Flächen für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung:
 - Schulen, Zweckbestimmung: Kindertagesstätten, Kindertagesstätten
- Verkehrsflächen
 - Entfallende Bereiche ohne Aus- und Einfahrt
 - Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
 - verkehrsberuhigt
- Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Abgasanlagen
 - Zweckbestimmung: Regenwassertanks
- Grünflächen
 - private Grünflächen
 - öffentliche Grünflächen
 - Zweckbestimmung: Hausgärten
 - Zweckbestimmung: Parkanlagen mit Spiel- und Rastmöglichkeiten sowie Fuß- und Radwegen
 - Zweckbestimmung: Metergärten
- Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
 - Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
 - Sukzessionsfläche
 - Entfallende Erhaltungsböden für Bäume
 - Entfallende Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
- Sonstige Planzeichen
 - Umgrenzung von Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes
 - Entfallende Stützpläne gemäß TF 9.3, 9.4 und 11.4
 - Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen
 - Zweckbestimmung: Gemeinschaftsstellplätze
 - Indizes und Zeichen zur Zuordnung von Gemeinschaftsanlagen zu den benachbarten überbaubaren Grundstücksflächen und Baugruben
 - Entfallende Flächen für Gemeinschaftsanlagen und Zweckbestimmung
 - Entfallende Indizes und Zeichen zur Zuordnung von Gemeinschaftsanlagen zu den benachbarten überbaubaren Grundstücksflächen und Baugruben
 - Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
- Kennzeichnungen (gemäß § 9 Abs. 5 BauGB)
 - Entfallende Umgrenzung der Flächen, deren Boden einheitlich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind oder der Verdacht besteht (vgl. Hinweis Nr. 6 f)
- Plansymbole ohne Normcharakter
 - Grundwasserstände (vgl. Hinweis Nr. 7)
 - Entfallende Grundwasserstände (vgl. Hinweis Nr. 7)
 - TF 14.3 siehe textliche Festsetzung Nr. 14.3

Textteil B

textliche Festsetzungen

- Die Festsetzung 5.3 erhält folgende Fassung:

„Die in den Nutzungsschablonen im Teil A (WA1 bis WA5, MI1 und MI2) festgesetzten Mindest-Traufweiten müssen auf mindestens 20 m der Fassadenentfernung eingehalten werden. Diese dürfen durch die untere Kante des Dachabsturzes (ggf. Dachrinne) um maximal 0,60 m unterschritten werden.“
- In der Festsetzung 8. erhält Satz 2 folgende Fassung:

„Ab einem Abstand von 16 m von der Straßenbegrenzungslinie der öffentlichen Verkehrsflächen und außerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche sind diese Nebenanlagen nur mit einem Brutto-Raumvolumen von höchstens 15 m³ zulässig.“
- Die Festsetzung 9.2 erhält folgende Fassung:

„Stellplätze und Garagen im WA3, WA5, MI1, MI2 und GE1“
- Die bisherige Festsetzung 9.3 entfällt.
- Die bisherige Festsetzung 9.4 entfällt.
- Die bisherige Festsetzung 11.4 entfällt.
- Die bisherige Festsetzung 11.10 entfällt.
- Die bisherige Festsetzung 12.1 entfällt.
- Hinter der Festsetzung 12.4 wird die Festsetzung 12 a eingefügt:

„12a Anlage von Regenwasserentlastungsbecken (§ 9 Abs. 1 Nr. 14 und Nr. 20 BauGB)
Erforderliche Zufahrten sind, außer im direkten Bereich der Becken (schräge Abfahrt), in wasserrechtssicherer Bauweise auszuführen.
Zwischen Süd und dem südlichen RRB ist ein Abstand von mindestens 20 m und zwischen den vorhandenen Gebäudeteilen und dem südlichen RRB von mindestens der Bestandsbreite der Gebäude zu halten.
Die Becken sowie ihre Zu- und Abflüsse sind naturgemäß auszugestalten und mit ingenieurtechnischen Maßnahmen zu sichern.
Die Flächen, die nicht durch notwendige technische Bauwerke in Anspruch genommen werden, sind gem. TF 12.3 anzulegen.“
- Die bisherige Festsetzung 13.1 entfällt.
- Die Festsetzung 13.2 erhält folgende Fassung:

„13.2 Im MK
Die Fläche ist mit einem Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit sowie bei Bedarf mit einem Leitungsrecht zugunsten der Versorgungsträger zu belassen.“
- Die bisherige Festsetzung 15. entfällt.
- Hinter der Festsetzung 16. wird die Festsetzung 17. eingefügt.
- 17 Bauliche Anlagen in Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Innerhalb der öffentlichen Grünflächen, Zweckbestimmung: Parkanlagen mit Spiel- und Rastmöglichkeiten sowie Fuß- und Radwegen sind bauliche Anlagen nur zulässig, soweit sie mit der Zweckbestimmung dieser Fläche vereinbar sind.
Im übrigen sind bauliche Anlagen des Hochbaus unzulässig.
Bestehende bauliche Anlagen, die der Zweckbestimmung nicht entsprechen, sind zu entfernen.“
- In der örtlichen Bauvorschrift Nr. 1.2 erhält der Satz 2 folgende Fassung:

„Ausgenommen hiervon sind Dachter von Wohngebäuden als Hausgruppen, Garagen, Carports und Nebenanlagen in Form von Gebäuden.“
- In der örtlichen Bauvorschrift Nr. 4. Satz 2 wird der Bußgeldbetrag von 500.000 Deutsche Mark durch 250.000 Euro ersetzt.

Hinweise

- Der bisherige Hinweis 6.1 entfällt.
- Der Hinweis 6.2 erhält folgende Fassung:

„Die städteplanerische Planung verläuft im Randbereich der wilden Deponie des ehemaligen Kraftwerks Ostseebahn. Bei den 1997 durchgeführten Untersuchungen im Randbereich der Deponie wurden keine auffälligen Schadstoffkonzentrationen festgestellt. Aufgrund des Abfallwertes der Abfällung besteht die Gefahr, dass niederschlagsbedingt durch Sickerwasser geladene Schadstoffe in der grundwasserstättigen Bodenschicht verlagert werden. Eine Nutzung hier entnommener Grundwasser ist unzulässig.“
- Im Hinweis 7 erhalten die Sätze 4 und 5 folgende Fassung:

„Die gekennzeichnete Grundwasserstandsstelle ist gemäß § 97 LWaG und § 24 Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz zu erhalten. Die Zugänglichkeit ist dauerhaft sicherzustellen. Die Durchführung von Baumaßnahmen oder Erdarbeiten im unmittelbaren Umfeld der Grundwasserstandsstelle sowie beschriebene Veränderungen an der Messstelle sind dem Amt für Umweltschutz der Hansestadt Rostock, Abteilung Bodenschutz und Umweltschutz, mindestens eine Woche vor Beginn der Arbeiten mitzuteilen.“

Präambel

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuchs (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1990 (BGBl. I S. 2141, 1996 I S. 137), geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 22. Juli 2001 (BGBl. I S. 1960, 2013), sowie nach § 98 der Landesordnung (LBO) M-V in der Fassung der Bekanntmachung vom 06. Mai 1998 (GVBl. M-V S. 468, 612), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 08. August 2002 (GVBl. M-V S. 531), wird nach Beschlußfassung durch die Bürgerschaft vom 28.01.2004, und mit Genehmigung des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern folgende Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 05.MI.82 „EVERSHAGEN-SÜD“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

Verfahrensvermerke

- Die von der Planung berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 06.06.2003 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Rostock, 06.02.2004
- Die Bürgerschaft hat am 07.05.2003 den Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Rostock, 06.02.2004
- Die Entwurfs der 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 28.01.2004 von der Bürgerschaft als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplans wurde mit Beschluß der Bürgerschaft vom 28.01.2004 gebilligt.

Rostock, 06.02.2004
- Die Bürgerschaft hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 28.01.2004 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Rostock, 06.02.2004
- Die 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde am 28.01.2004 von der Bürgerschaft als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplans wurde mit Beschluß der Bürgerschaft vom 28.01.2004 gebilligt.

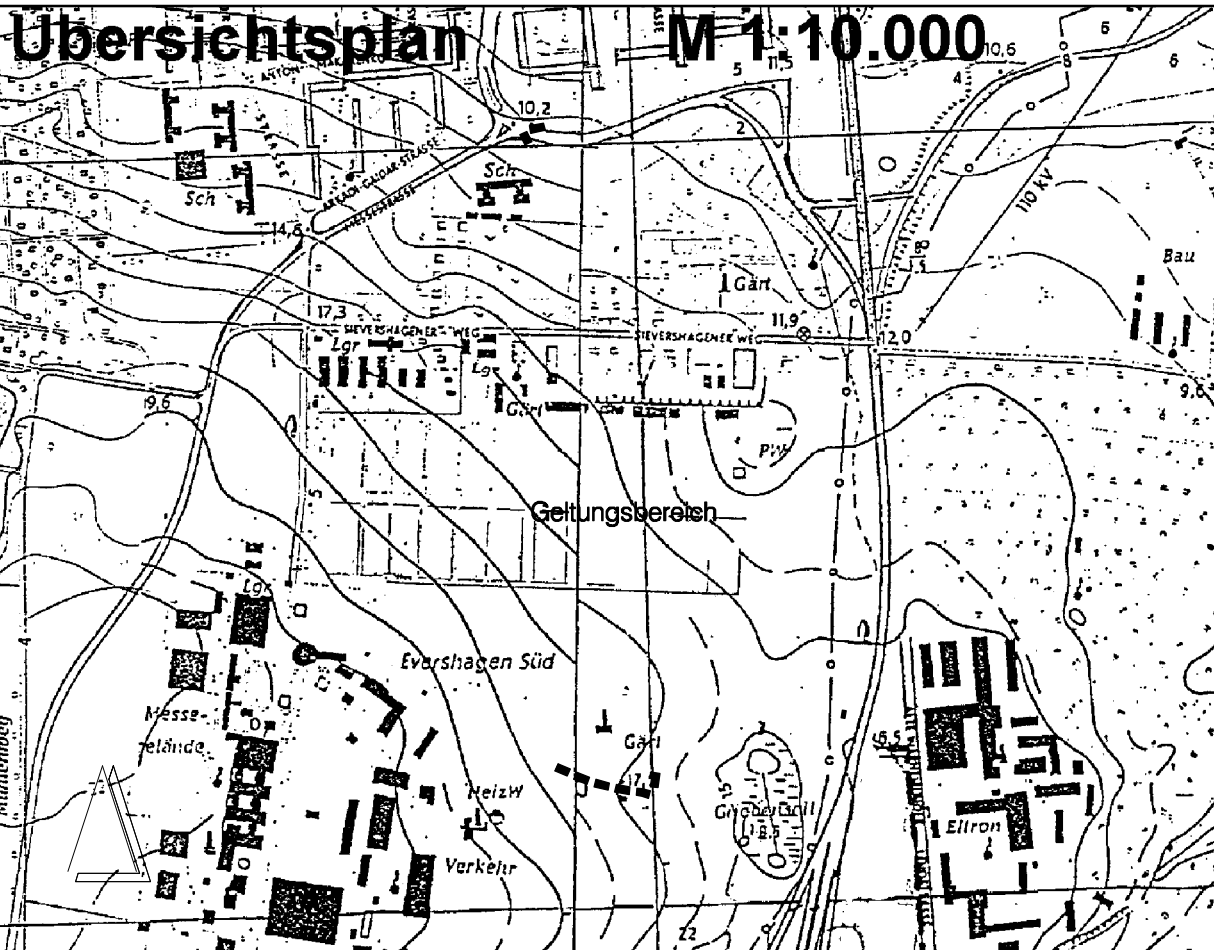
Rostock, 06.02.2004
- Die Genehmigung der 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Erlaß des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern vom 25.05.2004, mit Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt.

Rostock, 11.10.2004
- Die Nebenbestimmungen wurden durch den satzungsgemäßen Beschluß der Bürgerschaft erfüllt. Die Hinweise sind begehrt. Das wurde mit Verfügung des Ministeriums für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern vom bestätigt.

Rostock, 12.10.04
- Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit erlassen.

Rostock, 12.10.04
- Die Erteilung der Genehmigung der 1. Änderung des Bebauungsplans sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind im Städtischen Anzeiger am 13.10.2004, ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung von Verfassens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abänderung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entscheidungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplans ist mit Ablauf des 13.10.2004, in Kraft getreten.

Rostock, 13.10.2004



Hansestadt Rostock
1. Änderung des
Bebauungsplanes Nr. 05.MI.82
"Evershagen-Süd"

M 1:1000
Mit örtlichen Bauvorschriften

Rostock, 12.10.04
Oberbürgermeister

